Rede der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Edelgard Bulmahn, auf der Festveranstaltung zum 15-jährigen Bestehen der Deutschen Stiftung Friedensforschung im Friedenssaal im historischen Rathaus Osnabrück am 10. März 2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrter Herr Staatssekretär Müller,

sehr geehrter Herr Staatssekretär Silberhorn,

sehr geehrter Herr Schneckener,

sehr geehrter Herr Middelberg,

sehr geehrte Stiftungsratsmitglieder und Mitglieder des Vorstands der Deutschen Stiftung Friedensforschung,

sehr geehrte Herren und Damen,

über die freundliche Einladung heute nach Osnabrück zu kommen, um die „Festrede“ zum 15-jährigen Bestehen der Deutschen Stiftung Friedensforschung zu halten, habe ich mich aus drei Gründen außerordentlich gefreut: Erstens weil ich mich der Friedensforschung in Deutschland schon lange verbunden fühle und natürlich insbesondere der Deutschen Stiftung Friedensforschung, die ich im Oktober 2000, nicht zuletzt unter tatkräftiger Mithilfe von Egon Bahr, der Gräfin Marion Dönhoff und dem damaligen Direktors des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg Dieter Lutz sowie vielen anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, auf den Weg bringen konnte. Zweitens ist es eine Freude, Menschen für ihre herausragende Arbeit und ihr Engagement zu danken, denn auch darum geht es bei dieser Jubiläumsfeier. Drittens freue ich mich ganz persönlich, heute in viele mir bekannte Gesichter blicken zu dürfen, die sich um die Entwicklung der Friedensforschung in Deutschland insgesamt verdient gemacht haben. Und freue mich da jetzt schon auf die Gespräche nachher.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Friede ist ein hoher Wert, der höchste vielleicht. Frieden bekommt man nicht geschenkt. Er muss täglich neu errungen und gesichert werden. Frieden ist insofern kein gegebener Zustand, sondern Ziel und Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Gestaltung.

Die Sicherung des friedvollen Zusammenlebens der Menschen hängt dabei nicht nur, aber nicht selten vom guten Willen auch einzelner Akteure ab. Willy Brandt fand hierfür treffende Worte, indem er feststellte: „Zur Entfachung von Krisen genügt einer, aber zur Erhaltung des Friedens sind alle notwendig.“

Für uns, den Menschen der westlichen Welt, waren die letzten 70 Jahre UN, 70 Jahre des Friedens.

Global gesehen leben wir allerdings in einer Zeit, in der die Welt zu brennen scheint. Bürgerkriege, Terror und gewalttätige Konflikte sind in über 100 Ländern an der Tagesordnung. In vielen Regionen dieser Welt erleben wir die Rückkehr von Barbarei, die wir uns kaum vorstellen können: mit Massenhinrichtungen, willkürlichen Enthauptungen, der Versklavung von Frauen und Mädchen, der

Verfolgung von ethnischen und religiösen Minderheiten. Ganze Staaten befinden sich in Auflösung. Mehr als 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht, suchen nach Sicherheit, nach einem besseren Leben.

In unserer Nachbarschaft, im Irak und Syrien, erleben wir einen Verfall der normativen Ordnungen, die über viele Jahrzehnte gültig waren. Regionale Machtbalancen haben sich verschoben, Bürgerkriege überschreiten Grenzen, lösen sie auf, und destabilisieren ganze Regionen. Die Hälfte der Bevölkerung ist auf der Flucht und allein in Syrien ist über 50 Prozent der Infrastruktur zerstört.

Aber nicht nur in den aktuellen Konfliktherden im Nahen Osten, auch in Afrika sind Menschen Verfolgung und staatlicher Willkür ausgeliefert, werden sie Opfer von Bürgerkriegen, marodierender Söldner oder schlicht krimineller Banden.

Bis 1989 lebten wir in einer zweigeteilten, von zwei antagonistischen Systemen beherrschten Welt.

Das Ende dieser Ordnung war eine gewaltige Erleichterung, das Ende der Angst vor dem Atomkrieg. Das Ende dieser Ordnung war auch eine Befreiung und Selbstbefreiung der Menschen in Osteuropa. Und es war die Voraussetzung für die deutsche und die europäische Einigung. Darüber waren oder sind wir zu recht glücklich.

Beunruhigend ist jedoch heute mehr denn je, dass die Welt seitdem nicht zu einer neuen Ordnung gefunden hat. Weder zu einer, wie manche zunächst dachten, unipolaren Ordnung (die Amerikaner!). Noch zu einer multipolaren, in der sich die Verantwortung auf viele Schultern verteilt. Und schon gar nicht – ich benenne es mal etwas idealistisch – zu einer mehr oder weniger egalitären Welt, in der der Primat der Vereinten Nationen zur vollen Geltung kommt.

Die Welt ist in den letzten 25 Jahren eine andere geworden, aber keines Falls eine friedlichere. Im Gegenteil, sie erscheint unsicherer und stärker von Gewalt geprägt als zuvor. In den eindringlichen Worten des Bundesaußenministers ist die Welt gar aus den Fugen geraten. In den unterschiedlichsten Regionen der Welt wird um Macht, um Einfluss, um Dominanz und Vorherrschaft gerungen.

ISIS, Syrien, Irak, Gaza, Ukraine oder Ebola, die Krisen scheinen unaufhaltsam zuzunehmen. Hinzu kommen die strukturellen Gefährdungen durch Hunger, die ständig wachsende Armut gegenüber dem ständig wachsenden Reichtum von immer weniger und nicht zuletzt durch den Klimawandel. Ich bin überzeugt, wir stehen an einer Epochenwende, die uns allen viel abverlangen wird und die wir nur gemeinsam in internationaler Kooperation bewältigen können. Die Hunderttausende von Flüchtlingen, die in unser Land strömen, zeigen in aller Deutlichkeit, wir können uns nicht abschotten und in eine heile Welt im Innern zurückziehen. Wenn wir in den Herkunftsländern nicht dazu beitragen, sichere und menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen, dann werden sich die Menschen zu uns auf den Weg machen, ob wir wollen oder nicht.

Heute wird die Sicherheit der Menschen durch innerstaatliche, hochbrisante Konflikte und Bürgerkriege gefährdet. Innerstaatliche Konflikte sind vermischt mit externen Interessen und Ursachen. Staatlichkeit zerfällt. Bürgerkriege überschreiten Grenzen, alte Grenzen gelten nicht mehr und neue Grenzen entstehen. Alte tradierte normative Ordnungen lösen sich auf, ohne dass neue normative Ordnungen an ihre Stelle treten. Sicherheit wird zum Privileg weniger, wenn sie überhaupt noch gegeben ist. Globale Entwicklungen - lokaler Tatort - globale Wirkung - so könnte man heute Konflikte beschreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir erleben derzeit, dass die Welt innerhalb weniger Jahre ihr Gesicht verändert und wir auf Herausforderungen reagieren müssen, ohne ausreichend darauf vorbereitet zu sein.

In der Vergangenheit waren militärische Auseinandersetzungen vor allem geprägt durch Grenzstreitigkeiten, Hegemonialansprüche, widerstreitende Wirtschaftsinteressen oder ethnisch und religiös motivierte Konflikte.

Heute leben wir dagegen in einer Welt, in der Frieden durch eine Vielzahl unterschiedlicher, aber oft zusammenwirkender Ursachen gefährdet wird. Ich nenne ein ganzes Bündel an Faktoren: Fragilität staatlicher Strukturen, Zerfall ganzer Staaten, Machtkämpfe nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen um Einfluss, Entstaatlichung von Gewalt, Waffenschmuggel, Genozide und Massenvertreibungen, Terrorismus, transnationale organisierte Kriminalität, Hunger, Migration, extreme soziale Ungleichheit, Ressourcenknappheit bzw. ihre ungleiche Verteilung, Folgen von Natur- und Klimakatastrophen usw. usf.

Diese vielfältigen Konfliktursachen und -formen überfordern althergebrachte Lösungsansätze.

Es geht heute fast immer nicht mehr um Frieden zwischen Staaten, sondern in Staaten. In vielen Krisenregionen zeigt sich ein vergleichbares Bild: Staaten zerfallen, unterschiedliche Gruppierungen kämpfen mit allen Mitteln um Macht, Privilegien und Reichtum. Rechtsstaatlichkeit ist nicht vorhanden, die Korruption blüht, Amtsmissbrauch und organisierte Kriminalität sind an der Tagesordnung.

Illegale Finanzströme bluten die Entwicklungsländer geradezu aus. Während sich 2012 die Entwicklungshilfe aus den Industriestaaten auf etwa 90 Milliarden US-Dollar belief, flossen über 630 Milliarden US-Dollar Schwarzgeld aus Korruption und kriminellen Machenschaften ungehindert in die Industrieländer und fanden hier einen sicheren Hafen.

Diese Konflikte sind militärisch nicht zu lösen. Manchmal sind militärische Interventionen geboten, aber Staatsaufbau, Schaffung von Rechtsstaatlichkeit, *good governance*, Schutz der Menschenrechte oder Wiederherstellung menschlicher Sicherheit können nicht durch militärische Missionen erreicht werden.

Militärische Mittel können deshalb nur die ultima ratio sein, um etwa bewaffnete Auseinandersetzungen zu beenden oder die Voraussetzungen für Friedensverhandlungen zu schaffen.

Die neuen, komplexen Konfliktlagen bringen auch neue Anforderungen für Außenpolitik und Innenpolitik, für nationales und internationales politisches Handeln mit sich. Zivile Antworten auf diese Herausforderungen lassen sich nicht mehr allein mit den Mitteln der traditionellen Diplomatie bewerkstelligen. Vielmehr müssen wir auch die Instrumente der Entwicklungspolitik, der Umwelt-, Bildungs-, Gesundheits- oder Wirtschaftspolitik gezielt für Friedensförderung und Konfliktdeeskalation nutzen. Erfolgreiches Handeln setzt dabei übergreifende Strategien voraus, die nicht an traditionellen Ressortgrenzen und Zuständigkeitsbereichen scheitern dürfen.

Die fragilen Staaten von heute sind die Krisenherde von morgen. Frühzeitig solche Entwicklungen zu erkennen und gezielte Hilfe und Unterstützung anzubieten beim Aufbau und der Sicherung von

Rechtsstaatlichkeit, der Bekämpfung von Korruption, der Herstellung eines Mindestmaßes öffentlicher Sicherheit oder der Unterstützung von Demokratisierungsprozessen ist deshalb essentiell für die Rückgewinnung von Frieden. Willy Brandt sagte: „Es genügt nicht, friedfertige Absichten zu bekunden, wir haben uns aktiv um die Organisation von Frieden zu bemühen." Seit der Verabschiedung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung" im Jahr 2004 hat die Bundesregierung mit dem Aktionsplan die zivile Krisenprävention stärker in den Mittelpunkt des außen- und sicherheitspolitischen Handelns gerückt. Und dies durchaus auch mit Erfolg.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein war die von Frank Walter Steinmeier vorgenommene Umstrukturierung des Auswärtigen Amtes, mit der die Zuständigkeiten für die humanitäre Hilfe, für Krisenprävention, Frühwarnung und Szenarienplanung, Stabilisierung und Konfliktnachsorge sowie für internationale Friedenseinsätze in der neu geschaffenen Abteilung S gebündelt wurden.

Insgesamt geht es bei all dem um nicht weniger als einen Paradigmenwechsel: nämlich darum, eine breit aufgestellte und zivilgesellschaftliche verankerte, primär und auf friedliche Mittel und zivile Ressourcen setzende deutsche Außenpolitik zu etablieren. Ausgangspunkt hierfür ist ein erweiterter Sicherheitsbegriff, der sich nicht allein auf das Völkerrechtssubjekt Staat fokussiert, sondern auf die Herstellung menschlicher Sicherheit und damit auch politische, ökonomische, ökologische und soziale Stabilität umfasst.

Ein solcher Sicherheitsbegriff, der im Gegensatz zu traditionellen Konzepten nicht den Schutz des Staates, sondern des Menschen und seiner Würde in den Mittelpunkt stellt, richtet den Blick auf die wichtigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für menschliche Sicherheit. Damit werden Menschenrechte und Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, politische Teilhabe, inklusive wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Friedenssicherung und Konfliktprävention zu handlungsleitenden Kategorien von Außenpolitik.

Dabei kommt auch zum Ausdruck, dass – vielmehr als das heute der Fall ist –, Sicherheit und Ökonomie/wirtschaftliche Entwicklung zusammengedacht werden müssen. Und zwar in doppelter Weise: Auf der einen Seite sind ökonomische Gegebenheiten, etwa extreme soziale Ungleichheit oder die ungleiche Teilhabe an kollektiven Gütern (Stichwort Rohstoffe) oftmals Ursache von Konflikten.

Auf der anderen Seite formen gewaltsame Konflikte auch die Wirtschaft, und zwar nicht nur deshalb, weil sie sich den spezifischen Bedingungen/"Bedürfnissen" des Konfliktes anpasst: Konflikte beeinträchtigen die Landwirtschaft genauso wie die handwerkliche und industrielle Produktion, sorgen für Mangel an Gütern und Dienstleistungen, halten Menschen von Bildung fern und nicht zuletzt entstehen Bevölkerungsgruppen, deren wirtschaftliche, vielleicht mitunter auch moralische Existenz mehr oder weniger von der Aufrechterhaltung dieser Konflikte abhängt.

Auf diese Weise entstehen immer öfter sich selbst aufrechterhaltende Konflikte, deren Lösung gar nicht mehr nur in der Beseitigung der initialen Konfliktursache liegt, sondern auch in der Entmachtung der vom Fortbestehen des Konflikts profitierenden oder auch nur abhängigen Gruppen. Hierfür brauchen wir als Lösungsansatz dann mehr als einen Verhandlungsfrieden mit Eliten, hier brauchen wir einen langfristigen, inklusiven Prozess, einen *comprehensive approach*, der politische, rechtliche, soziale, ökonomische und ökologische Aspekte berücksichtigt und die Inklusion aller widerstreitenden Gruppen in Staat und Gesellschaft ermöglicht.

Es gilt in diesem Sinne, in den Konfliktregionen gemeinsam mit den Konfliktparteien die Voraussetzungen und Strukturen für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen. Das beinhaltet insbesondere:

- den Aufbau und die Stärkung rechtsstaatlicher Strukturen und Teilhabe orientierter Institutionen,
- die Bekämpfung von Armut, Hunger und Not, die Verbesserung von Lebenschancen und perspektiven, also eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung,
- gute Regierungsführung im umfassenden Sinne,
- die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption,
- die Gewährleistung der Menschenrechte,
- die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und die Gewährleistung von Sicherheit durch den Aufbau oder Wiederaufbau insbesondere von Polizei und Justiz, die sich dem Gesetz und nicht einzelnen Machthabern verpflichtet fühlen.

Diese Prozesse in Gang zu setzen und nachhaltig zum Erfolg zu bringen – das ist beschwerlich. Es ist ein mühsamer und langwieriger Weg, aber die einzige Möglichkeit, Konflikte langfristig zu lösen.

Aber ohne den Aufbau funktionierender Zivilgesellschaften, ohne Medien, Bildung und Kultur, ohne eine tragfähige soziale und wirtschaftliche Entwicklung werden Militärinterventionen allenfalls das Schlimmste verhindern können, ihre Wirkung wird nur sehr begrenzt bleiben, wenn die eigentlichen Konflikte weiter schwelen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

eine Politik der zivilen Krisenprävention und Konfliktlösung ist auf Expertise, auf wissenschaftliche Beratung und Unterstützung angewiesen. Konflikte entstehen nicht über Nacht. Sie haben eine Vorgeschichte. Sie zu kennen, ist unverzichtbar, wenn zivile Präventions- und Lösungsstrategien erfolgreich sein wollen.

Wenn wir nicht überrascht werden wollen vom Ausbruch neuer Feindseligkeiten, von der Auflösung staatlicher Strukturen, der Bildung marodierender Söldnertrupps oder terroristischer Gruppen brauchen wir frühzeitig solide Informationen über wirtschaftliche, soziale, politische Entwicklungen und deren Hintergründe.

Wir brauchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich nicht in den Elfenbeinturm wissenschaftlicher Diskurse zurückziehen und mit der wissenschaftlichen Erforschung von politischen Gegebenheiten, von Konflikten oder der Entwicklung von Mentalitäten begnügen. Wir brauchen Wissenschaftler, die bereit sind, rechtzeitig die Hand zu heben, um auf Fehlentwicklung und Gefährdungen aufmerksam zu machen, auch wenn sie sich damit in die Gefahr begeben, in politische Auseinandersetzungen hineingezogen, missverstanden oder vereinnahmt zu werden.

Gemeinsam müssen wir bessere und effizientere Wege finden und Strukturen schaffen, die den Informationsfluss zwischen staatlichen Einrichtungen, der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit erleichtern und die Relevanz der jeweiligen Informationen besser einordnen und gewichten lassen.

Gemeinsam sollten wir daran gehen, unsere und die zivilgesellschaftliche Wahrnehmung von Handlungsnotwendigkeiten zu schärfen und weiterzuentwickeln. Wenn wir immer erst dann

reagieren, wenn bereits Hunderttausende auf der Flucht sind und bewaffnete Auseinandersetzungen nicht mehr zu übersehen sind, werden wir letztlich keine erfolgreiche Friedenspolitik betreiben können.

Analyse und Verständnis von Entwicklungsprozessen machen aber noch keine Politik. Was schließen wir aus den Informationen und Analysen? Wann und wie können Staatengemeinschaft und Zivilgesellschaft zur Eindämmung von Konflikten beitragen? Wie erreicht man eine Verständigung zwischen den Konfliktparteien? Wie begleitet man Friedensprozesse? Das alles sind Fragen für die es keine Antworten aus dem Lehrbuch gibt. Auch hier sind Politik und Zivilgesellschaft auf wissenschaftliche Expertise und Begleitung angewiesen.

Und um einem vielfachen Missverständnis vorzubeugen, wissenschaftliche Analysen und die Entwicklung von Handlungsoptionen können sich nicht auf die Zielländer beschränken. Sie müssen mitbedenken, ob Entscheidungen, Entwicklungen und Strukturen in der Bundesrepublik und Europa die Konflikte ggf. fördern oder beeinflussen. Nennen möchte ich in diesem Zusammenhang nur die EU-Agrarpolitik, die Umwelt- und Klimapolitik oder Waffenexportpolitik. Die aktuellen Herausforderungen durch die Massenmigration der letzten Monate macht zudem deutlich, dass es auch die politischen Folgen im Innern mit zu bedenken gilt. Wie beugt man Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Demokratieverdruss vor?

Wissenschaft muss dabei unabhängig und kritisch bleiben. Sie muss die Probleme offen und vorurteilsfrei thematisieren und darf nicht der Versuchung unterliegen, selbst Politik zu machen. Es gilt Alternativen aufzuzeigen, Handlungsoptionen abzuwägen und entscheidbar zu machen.

Die Friedensforschung steht dabei als Akteur und Gegenstand gesellschaftlicher Debatten immer auch in der Gefahr, in politische Auseinandersetzungen hineingezogen, missverstanden und missbraucht zu werden. Sie muss nicht zuletzt deshalb, politisch und finanziell unabhängig sein.

Und sie muss mutig sein. Mutig, nicht nur Analysen zu erarbeiten, sondern auch Vorschläge zu machen, die nicht opportun sind oder zu sein scheinen. Friedensforschung muss immer kritische Forschung im besten Sinne des Wortes sein.

Erfolgreiche Krisenprävention zeichnet sich übrigens dadurch aus, dass ein ungewolltes Ereignis, ein Krieg, ein Bürgerkrieg, eine gewalttätige Auseinandersetzung eben nicht eintritt. Ein solches Nicht-Ereignis wird freilich öffentlich nicht wahrgenommen. Die primäre Funktionslogik von Medien und Politik, über Ereignisse zu berichten bzw. Probleme zu bearbeiten und vermeintliche Nicht-Ereignisse bzw. Nicht-Probleme zu vernachlässigen, steht dem schlichtweg entgegen.

Daraus ziehe ich den Schluss, dass wir Politik wie Friedensforscher – noch deutlicher machen müssen, auch ganz konkret an Beispielen, wo welche Instrumente über welchen Zeitraum welchen Erfolg gebracht haben. Ich begrüße es in diesem Zusammenhang außerordentlich, dass die Deutsche Stiftung Friedensforschung der Vermittlung von Forschungsergebnissen in die Praxis und Öffentlichkeit und der Intensivierung des Wissenstransfers künftig eine noch größere Bedeutung beimessen will.

Allerdings muss auch die Art der Kommunikation überdacht werden. Viele Hinweise und Warnungen der Friedensforschung werden nur von den „Eingeweihten“ wahrgenommen. Vielleicht wurden sie nicht dramatisch genug dargestellt, um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

Meine Damen und Herren,

als ich die Deutsche Stiftung Friedensforschung ins Leben rief, waren viele skeptisch. In der Politik hielten sie etliche, insbesondere nach der Überwindung des Ost-West-Konfliktes für überflüssig. Und manche Kollegen im Deutschen Bundestag meinen gar, sie sei irrelevant und hätte keinen Erkenntniswert und sei damit auch nicht förderungswürdig.

In der Friedensforschung selbst befürchten manche eine Einflussnahme der Politik auf die Friedensforschung.

Dabei sollte gerade die mit einem Kapitalstock ausgestattete Stiftung die Unabhängig von politischen Mehrheiten sichern. Außerdem hatte ich darauf gesetzt, dass der Kapitalstock durch Zustiftungen Dritter erhöht werden würde. Diese Hoffnung hat leider getrogen. Nicht vorhersehbar war zudem die historisch einmalige Zinsentwicklung der vergangenen Jahre. Ich plädiere deshalb nachhaltig dafür, das Stiftungskapital noch einmal deutlich aufzustocken und damit die Förderung der Friedensforschung langfristig noch besser abzusichern, denn Friedensforschung ist unverzichtbar, nötigen denn je.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum Jubiläum gilt mein Glückwunsch allen für die Stiftung Engagierten, vor allem aber ihren ehemaligen und gegenwärtigen Vorstandsmitgliedern und ihren tatkräftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Geschäftsstelle, den Mitgliedern des Stiftungsrates und des Beirates und nicht zuletzt den von der Stiftung Geförderten für ihre Arbeit. Ihnen allen möchte ich zurufen: Herzlichen Dank und weiter so!